

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Rieser
Gesamtl. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Weihen.

Postkontos: Dresden 7530
Strolache Rieser Nr. 32.

Nr. 160.

Dienstag, 13. Juli 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kassen. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Kleinzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Demöglicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Darger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Litzsch, Rieser.

Neue Wege der Sozialpolitik.

Die Erwerbslosigkeit in Deutschland ist leider ein Problem, das sich umso schwerer regeln läßt, je weiter der für die Befriedigung der Wirtschaft notwendigen Rationalisierungsprozess in der Industrie durchgeführt wird. Die Rationalisierung hat der Wirtschaft eine ungeheure Anzahl von Arbeitskräften erspart, ohne daß sie ihre Produktion eingeschränkt hat. Zum Beispiel hat die Montanindustrie seit den Inflationsjahren etwa 150 000 Arbeitskräfte, Arbeiter und Angestellte, abgebaut, die Produktion des Bergbaues ist dagegen in der gleichen Zeit um etwa 10 Prozent gestiegen. Ähnliche Beobachtungen wird man in allen anderen Industriezweigen machen können. Niemand zweifelt daran, daß dieser Rationalisierungsprozess, soweit er die Produktion nicht verringert, eine unumgängliche Notwendigkeit ist. Das Problem der Erwerbslosigkeit wird dadurch jedoch fast bis zur Unlösbarkeit kompliziert.

Es geht selbstverständlich auf die Dauer nicht an, daß Erwerbslosen eine zeitliche staatliche Unterstützung ausbezahlt wird, und daß sie dann ohne weitere Fürsorge dem Elend überlassen werden. Eine wirkliche Hilfe kann auf diese Art niemals geschaffen werden, und trotzdem erfordert diese Fürsorge Summen, die mehr als 100 Millionen Mark im Monat betragen.

Während fast in allen Wirtschaftszweigen eine allmähliche Befriedigung zu erkennen ist, wie zum Beispiel im Bergbau, am Geld- und Kapitalmarkt, im Außenhandel usw., wächst die Arbeitslosenziffer ständig weiter; sie hat die zweite Million bereits weit überschritten. Aus der Wirtschaft heraus ist eine Besserung der Arbeitsmarktlage nicht mehr zu erwarten, die Arbeitslosigkeit ist gewissermaßen chronisch geworden. Trotz verhältnismäßig hoher Beschäftigung beabsichtigt beispielsweise der Bergbau in den nächsten Wochen nur einige Tausend Mann einzustellen, also eine Ziffer, die in Anbetracht der Gesamtbeschäftigung absolut nicht in Betracht kommt. Die Wirtschaftslage in den übrigen Industrien ist trotz leichter Besserung immer noch so, daß an Neueinstellungen in nennenswertem Umfang auf Jahre hinaus nicht zu denken ist.

Als einziger Ausweg blieb also die Verwendung von Erwerbslosen für öffentliche Arbeiten. Es hat ziemlich lange gedauert, bis die Regierung sich zu diesem Wege entschloß. Erst kurz vor den Reichstagsferien hat sie ihr Programm an der produktiven Erwerbslosenfürsorge eingeleitet, das von sämtlichen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, gebilligt wurde. Dieses Programm bedeutet neue Wege in der Sozialpolitik; noch niemals wurden solche Summen, wie dieses Programm sie vorsieht, für produktive Erwerbslosenfürsorge angelegt. In erster Linie kommen Arbeiten wie Feldarbeiten, Straßenbau, Kultivierung von Land und schließlich Elektrifizierung der Bahnen, und Bau von Wohnungen in Betracht. Die Summen, die zur Verfügung gestellt sind, sind außerordentlich groß, sie erscheinen aber dennoch gering im Vergleich zu den Beträgen, die die Erwerbslosenfürsorge bisher erforderte. Etwa anderthalb Milliarden Mark mußten jährlich aufgebracht werden, um wöchentlich den Arbeitslosen ihre Unterstützung auszahlen zu können. Wenn das Regierungsprogramm im vollen Umfang durchgeführt wird, was bisher noch nicht ganz sicher ist, so wird diese Summe sich etwa um die Hälfte verringern.

Ungefähr 500 Millionen Mark wird das Programm der produktiven Erwerbslosenfürsorge zunächst erfordern. Davon sind bereits 200 Millionen Mark zur Förderung des Wohnungsbaues festgelegt. Weitere 150 Millionen Mark wird die Reichsbahn erhalten, die diese Summe für Gleisanlagen und Ähnliches verwenden wird, sodas darüber der Beschäftigungsgrad in der Schwerindustrie sich zweifellos bessern wird. Bekanntlich ist auch die Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn bereits gesichert.

Der Etat für die produktive Erwerbslosenfürsorge sieht zwar nur 100 Millionen Mark vor, die Regierung ist aber ermächtigt, diese Summe zu überschreiten. Ob sie das gesamte Programm wird durchführen können, ist zunächst noch zweifelhaft. Zwar hat der Reichsarbeitsminister erklärt, daß die Reichsregierung alles tun werde, was in ihren Kräften steht, aber möglicherweise ergeben sich noch einige Schwierigkeiten in der Finanzierungsfrage. Auf jeden Fall ist zu begründen, daß die Regierung sich endlich nach langem Zögern dazu entschlossen hat, in der Erwerbslosenfürsorge zu handeln, anstatt tatenlos zuzusehen.

Neue Entwaflungsforderungen der Entente.

* Berlin. Die Meldungen der Abendblätter über die neuen Entwaflungsforderungen hatten auch davon gesprochen, daß die Kontrollkommission eine Herabsetzung der Dienststellung des Generals von Seede verlangt habe. Die Vereinbarung des Auswärtigen Amtes über die Entwaflungsforderungen erwähnt die Forderung betr. General von Seede nicht.

Nach der Täglichen Rundschau bestätigt es sich aber, daß die Interall. Militärkontrollkommission, die in Berlin noch immer ihren Sitz hat, an den General von Pawis, die Regierung gegenüber der Kontrollkommission vertritt, eine Note gerichtet hat. Wieder den Inhalt werde noch stillschweigend bewahrt, doch gehe man, in der Vermutung wohl nicht fehl, daß ihn die von den Abendblättern gebrachte Meldung im großen und ganzen richtig wiedergibt.

Die Tägliche Rundschau schreibt dazu: Bei der Behandlung dieser Angelegenheit wird man nicht außer acht lassen können, daß es sich um eine Aktion der Kontrollkommission, d. h. also um eine technische Beanstandung handelt. Aber auch

wenn man diesen Umstand in Betracht zieht, wird man doch nicht verkennen können, daß es sich um einen sachlich durchaus ungeschickten Vorstoß handelt, den wir mit aller Entschiedenheit zurückweisen müssen. Ueber die Stellung des Generals von Seede ist, wie bekannt, schon vor Monaten eine Vereinbarung erzielt worden. Den Forderungen der Kontrollkommission wurde damals durch eine Verordnung Rechnung getragen, die die Stellung eines Chefs der Heeresleitung aufhob und Seede zum Reichswehrminister unterstellte. Es erscheint durch nichts gerechtfertigt, daß die Kontrollkommission diese Frage von neuem aufwirft, nachdem die damals gefundene Lösung der Streitfrage sich schon monatelang in Geltung befand. Auf deutscher Seite besteht nicht die geringste Veranlassung, neuen Beanstandungen in dieser Frage Raum zu gewähren. Die Tägliche Rundschau kommt dann zu dem Schluß, es würde zweifellos eine schwere Belastung der Völkerbundspolitik bedeuten, wenn Deutschland nun noch die Erfahrung machen müßte, daß die Militärkontrollkommission darauf ausseht, die Entwaffnungsforderungen wieder aufzurollen und Streitfragen von neuem aufzuwerfen, die zwischen der deutschen Regierung und der Kontrollkommission längst geregelt worden sind. Wenn man die Angelegenheit von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, so wird man wünschen müssen, daß aus der Note der Kontrollkommission keine weiteren Konsequenzen gezogen werden. Man ist auf deutscher Seite offenbar gewillt, die Beschwerden der Kontrollkommission der politischen Atmosphäre zu entziehen. Hoffentlich richtet auch die Gegenpartei ihr Verhalten so ein, daß neue politische Spannungen vermieden werden. Die Morgenblätter sehen im allgemeinen in dem unerhöhten Vorstoß der Kontrollkommission den Versuch, ihr Dasein zu verlängern, das mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ein Ende finden würde.

Aus dem Landtage.

M. Dresden. Der Republikanische Nichterwad hat dem Landtage eine Eingabe ausgehen lassen, die sich mit dem Anklager im Kismus-Prozess, dem Oberstaatsanwalt Weber beschäftigt. Es wird darin diesem der Vorwurf gemacht:

1. den Ausdruck "Kreatur Seigners" in einem Zusammenhang gebraucht zu haben, der unabweislich habe erkennen lassen, daß er damit auch die anderen unter dem Ministerium Seigner ernannten bzw. beförderten Beamten habe treffen wollen.

2. bei Behandlung einer Strafsache, in welcher ein Jude der Beleidigte war, den Angeklagten Kismus den Vorwurf gemacht zu haben, gegen den Beleidigte besonders scharf vorgegangen zu sein, obwohl es sich "nur um die Beleidigung eines Juden" gehandelt habe.

Der Landtag wird ersucht,

1. diejenigen Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, den von Herrn Dr. Weber in seinem Völkerverleibigen Personen in ausreichendem Maße Genugtuung zu verschaffen.

2. besonders in politischen und ähnlichen Prozessen nur solche Beamte mit der Führung der Anklage zu beauftragen, die geeignet erscheinen, ihre Obliegenheiten mit tatkraftvoller Sachlichkeit wahrzunehmen.

Deutsch-polnische Handelsvertragsverhandlungen.

abg. Berlin. Am 19. Juli werden die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die von deutscher Seite durch den Staatssekretär a. D. Lewald, von polnischer Seite durch den bevollmächtigten Minister Olcowski geführt werden, wieder aufgenommen. Die in diesem Zusammenhang durch die Presse gegangene Mitteilung, daß auf Drängen der polnischen Regierung in diesen Verhandlungen nun auch die Frage des Niederlassungsrechts erörtert werden soll, stellt die Tatsachen auf den Kopf. Die beiderseitigen Bevollmächtigten hatten im November vor. Js. vereinbart, die Verhandlungen über den Zolltarif und über die Niederlassung beiderseitiger Staatsangehöriger gleichzeitig aufzunehmen. Trotz dieser Vereinbarung hatte die deutsche Delegation keinen Widerspruch erhoben, als Polen am 20. Mai ds. Js. erklären ließ, nur zur Beratung der Zolltarife bereit zu sein. Seit Anfang Juni hat nun die deutsche Vertretung immerfort auf die Notwendigkeit der baldigen Behandlung der Niederlassungsfrage hingewiesen, und erst am 29. Juni noch hatte der polnische Vertreter erklärt, daß man diese Frage frühestens in der nächsten Zeit erledigen könnte. Dem fortgesetzten Drängen der deutschen Regierung ist es zu verdanken, daß nunmehr endlich die polnische Regierung einen festen Termin, nämlich den 19. Juli, für den Beginn der Verhandlungen über die Niederlassungsfrage ansetzt hat.

Geld- und Kapitalbildung in Deutschland.

Aus den Arbeiten des Enquete-Ausschusses.

abg. Berlin. Unter dem Vorsitz des Reichsministers a. D. Dr. Hülsering tagte am Montag der V. Unterausschuss "für Geld- und Kreditwesen" des Enquete-Ausschusses. Es handelte sich um die einleitende Sitzung für die Prüfung der Geld- und Kapitalbildung in Deutschland. Als Referent deutete Prof. Beckmann-Königsberg die Wege für die Veräußerung der Kapitalbildung dahin an, daß man trennen müsse zwischen direkter Kapitalbildung und der, die durch Ersparnisse vom Einkommen entsteht. Die Feststellungen über die letztere Frage seien schwierig; für die Ersparnisse gäbe es aber eine Reihe von Erkenntnisquellen, besonders

die Sparkassen. Man könne bei den Banken mit 8 Milliarden in Depositen und 3 Milliarden Kreditoren rechnen. Dazu kämen die Kapitalien in Staatsbetrieben, in der Post und den Eisenbahnen und die Ueberschüsse der Kommunen. Ferner sei als zusätzliche Kapitalbildung noch die Geldschöpfung zu berechnen; seit der Stabilisierung seien 5 Milliarden neues Geld geschaffen worden, von denen ein Teil der Kapitalbildung zugute gekommen sei. Alle diese Fragen seien zu unteruchen und statistisch zu erfassen.

Es entwickelte sich eine ergiebige Diskussion, in der u. a. ein Vertreter des Statistischen Reichsamts bemerkte, der Anteil des ausländischen Kapitals an den Depositen lasse sich statistisch nicht erfassen.

Am Schlusse der Verhandlungen stellte der Vorsitzende das Einverständnis des Ausschusses damit fest, daß ein kleineres Gremium zunächst einen Fragebogen über die Sparsparität, die Depositen usw. entwirft, der dann in der nächsten Sitzung vom Ausschuss festzustellen ist. Die Einberufung dieser Sitzung wurde dem Vorsitzenden überlassen.

Die Revision im Sememordprozess Bannier verworfen.

11. Leipzig. Vor dem zweiten Straifenat des Reichsgerichts fand am Montag die Revisionsverhandlung gegen die Soldaten Schirrmann, Kischkamps und Stein sowie den Leutnant Benn statt, die wegen des Sememordes an dem Schützen Erich Panier vom Schwurgericht in Berlin am 2. Februar 1926 zum Tode verurteilt worden waren. Die beiden Angeklagten Stein und Kischkamps, die in der Vorinstanz von Rechtsanwalt Dr. Sad verteidigt worden waren, hatten in der Revisionsverhandlung Rechtsanwalt Dr. Löwenthal mit ihrer Verteidigung beauftragt, während die Angeklagten Schirrmann und Benn von den Rechtsanwälten Dr. Sad und Dr. Hahn verteidigt wurden. Die Verteidigung machte prozedurale und materielle Rügen geltend. Während der ganzen Dauer der Verhandlung wurde im Interesse der Staatsbehörde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Nach achtstündiger Verhandlung wurde das Urteil verurteilt. Die Revision aller vier Angeklagten wurde verworfen, da alle prozeduralen und materiellen Rügen als unbegründet erachtet wurden. Damit hat der Straifenat die Todesurteile des Schwurgerichts Berlin bestätigt.

Das Explosionsunglück in Amerika.

11. Dover (New Jersey). Nach den im Laufe der Nacht gemachten Feststellungen sind von der Befragung des explodierten Marinereisens am Lake Denmark drei Tote getötet und zwischen 50 und 100 verwundet worden, während 20 noch vermist werden. Die ersten Angaben über die Verlaste werden jetzt als zu hoch gegriffen bezeichnet, doch wird eine zuverlässige Feststellung der Zahl der Opfer erst nach völliger Durchführung der Aufklärungsarbeiten möglich sein. Der Kriegssekretär Davis hat bereits gestern die Unglücksstätte besichtigt, soweit dies angesichts des noch tobenden Brandes möglich war. An der Stelle, wo sich das Hauptgebäude des Munitionsmagazins befand, ist jetzt ein Trichter von 100 Fuß Breite und 30 Fuß Tiefe. 200 von den Gebäuden innerhalb des Arsenalbezirks sind zerstört, jedoch sind 18 Munitionsmagazine den Stürzen der Explosion entgangen. Die Zerstörungszone, innerhalb deren Gebäude und Straßen durch die Erschütterungen der Explosion und durch den unaufrührlichen Hagel von Sprengstoffen, der für die schweren Marinereisenschiffe von 12 bis 16 Zoll bestimmten Granaten beschädigt und stellenweise zerstört worden sind, bedeckt einen Kreis von 15 Meilen Radius. Die ersten Schätzungen des Sachschadens rechnen mit ungefähr 85 Millionen Dollar. Während der Stunden der größten Gefahr machte es noch besondere Schwierigkeiten, daß die Bevölkerung zu einem großen Teil Slowaken, die in der Umgebung Hühnerfarmen betreiben, den Versuch machten, zur Bergung ihres Viehes in die bedrohte Zone zurückzuführen. Der Marinesekretär Bidour hat eine eingehende Untersuchung der Ursache der Explosion angefangen.

Die Zahl der Opfer von Lake Denmark.

11. Dover (New Jersey). Nach den letzten Feststellungen wurden bei der Explosionskatastrophe von Lake Denmark zehn Personen getötet und 200 verletzt. 29 Personen werden noch vermist. Der Schaden wird auf 100 Millionen Dollar geschätzt.

Deutschlands Beleid.

11. New York. Associated Press meldet aus Washington: Die erste Sympathie Kundgebung, die den amerikanischen Marinebehörden aus Anlaß der Explosionskatastrophe von Lake Denmark ausgegangen ist, war ein Telegramm des deutschen Admirals Jenker an den Marinefeldmarschall Bidour, in dem er die tiefste Anteilnahme der deutschen Marine zum Ausdruck brachte.

Die belgischen Finanzpläne.

Brüssel. (Zunfpruch.) Unter Bezugnahme auf den gestrigen Ministerrat meldet Libre Belgique: Die Regierung beabsichtigt dem Parlament eine Vorlage zu unterbreiten, die den Abmachungen oder Transaktionen über den Goldfond Belgien Kraft verleiht soll. Daneben denkt sie an die Schaffung einer Emissionsbank für den Goldfond, die der Nationalbank unterstellt werden soll. Auch will sie von der weiteren Aufstellung der Indizes, die so viel Wertwirkung im Wirtschaftsleben angedeutet haben, absehen.